

## **11. Fazit: Der CIO, die New Deal-Koalition und die Außenpolitik der USA: Außenpolitischer Opportunismus oder engagierte Interessenformulierung?**

### **Inhaltliche Ergebnisse**

Wie die Darstellung zeigt, war die Haltung des CIO zur Außenpolitik der USA in den zwei Jahren vor Pearl Harbor keineswegs einheitlich. Der CIO zerfiel in drei außenpolitische Fraktionen, die untereinander wechselnde Koalitionen eingingen. Die Isolationisten lehnten alles ab, was die USA in den europäischen Krieg ziehen konnte. Sie waren der Ansicht, daß die USA sich auf die westliche Hemisphäre beschränken und von den europäischen Machtkämpfen fernhalten konnten und mußten. Ihr bedeutendster Repräsentant war John L. Lewis, der bis zu seinem Rücktritt im November 1940 den CIO dominierte. Die Roosevelt-freundliche, sozialdemokratische Fraktion im CIO wandelte ihre Position mit der sich stetig zuspitzenden Situation in Europa und bewegte sich damit ähnlich wie die öffentliche Meinung insgesamt. Die Kommunisten im CIO richteten ihre außenpolitische Position wie auch ihre innenpolitische Strategie strikt nach der Position des Komintern bzw. der Sowjetunion. Sie bilden das seltene Beispiel einer innenpolitischen Interessengruppe, die ihre innergesellschaftliche Interessendefinition und Strategie völlig außenpolitischen Erwägungen bzw. den Interessen eines anderen Staates, i.e. der Sowjetunion, unterordnet. Ihre isolationistische Wende im Gefolge des verrufenen Hitler-Stalin-Paktes führte zu einem großen Glaubwürdigkeitsverlust in der Öffentlichkeit und, wie die gegen die Roosevelt-Administration gerichteten politischen Streiks des Jahres 1941, zu einer zunehmenden Entfremdung und Fraktionierung innerhalb des CIO.

John L. Lewis, der im November 1939 zunächst noch die Änderung der Neutralitätsgesetze und die Außenpolitik des Präsidenten befürwortet hatte, kam schon im Januar 1940 zu dem Schluß, daß Roosevelt das Land absichtsvoll in den Krieg steuere. Sein schroffer Bruch mit Roosevelt war jedoch ebenso auf

Lewis' aufrichtigen *midwestern isolationism* zurückzuführen wie auf seine enttäuschten Ambitionen auf das Amt des Vizepräsidenten, das er im Januar 1940 ultimativ bei Roosevelt einklagte. Damit einher ging eine stetig gewachsene Unzufriedenheit mit dem seit 1938 steckengebliebenen Reformprogramm. Lewis wollte statt einer Diskussion über das richtige Ausmaß des Engagement der USA in Europa und die Rolle der Gewerkschaften in der entstehenden Verteidigungsindustrie die bedingungslose Durchsetzung der im *Wagner Act* vorgesehenen Arbeitnehmerrechte erreichen.

Sein Konfrontationskurs ließ jedoch mehrere wichtige Faktoren außer Acht. Zunächst die Frage der politischen Alternative zum New Deal: Franklin Delano Roosevelt war der arbeitnehmerfreundlichste Kandidat im Rennen. So wie sich das politische Klima seit 1938 geändert hatte, war für den Fall, daß Roosevelt nicht nominiert werden würde, eher ein konservativerer Demokrat zu erwarten. Wendell Willkie konnte keinesfalls glaubwürdig vertreten, daß er sich für die Rechte der Arbeitnehmer stark machen würde.

Zweitens war sich Lewis offensichtlich nicht des Ausmaßes der von ihm mitinitiierten Veränderungen in der politischen Geometrie der USA bewußt. Es gab für die Arbeitnehmer keinen Weg zurück in den politischen Voluntarismus. Die organisierte Arbeitnehmerschaft hatte zwar einen festen Platz in der *New Deal*-Koalition und somit auch gewisse Klientelansprüche, doch gleichzeitig schränkte diese Einbindung die innen- und außenpolitische Bewegungsfreiheit ein. Gewerkschaften mußten unter diesen Bedingungen den Blick auf relevante Entwicklungen in der Gesamtpolitik richten und bei der Durchsetzung ihrer Forderungen die Zwänge und die Agenda der gesamten *New Deal*-Koalition berücksichtigen - und dazu gehörten auch außenpolitische Entwicklungen. Lewis weigerte sich schlicht, diese Entwicklungen zur Kenntnis zu nehmen. Wie sein naives Paktieren mit der Propaganda des Dritten Reiches zeigt, war er sich der außenpolitischen Dynamik dieser Jahre nicht bewußt. In der Sekundärliteratur wird Lewis' Rückfall in den Voluntarismus und die Notwendigkeit, unter den Bedingungen der *New Deal*-Koalition Politik zu

machen, nicht berücksichtigt - obwohl in den Quellen wiederholt davon die Rede ist.<sup>349</sup> Der revisionistischen Geschichtsschreibung imponiert Lewis' rebellischer Gestus gegenüber Roosevelt und – als Ausfluß des aufgeweichten Containment-Konsensus nach Vietnam - die Konsequenz seiner isolationistischen Grundhaltung.

Drittens unterschätzte Lewis, wie stark die Gewerkschaftsbasis an den *New Deal* und Roosevelt gebunden war. Das anhaltende Vertrauen in die innenpolitischen Reformen des *New Deal* wurde von vielen Gewerkschaftern in einen außenpolitischen Vertrauensvorschuß transponiert. Dieses Grundvertrauen konnte Lewis angesichts der politischen Alternativen nicht erschüttern. So manövrierte er sich aufgrund seiner Fehleinschätzungen - zu denen nicht zuletzt sein Hang zur Selbstüberschätzung gehörte - ins politische Abseits.<sup>350</sup>

Sein Rücktritt machte den Weg frei für die sozialdemokratische und Roosevelt-freundliche Fraktion im CIO. Weit davon entfernt, ein amerikanisches Engagement jenseits der Lieferung von Hilfsgütern zu befürworten, drängte diese Fraktion doch auf materielle Hilfe für die Alliierten und versuchte, im Spannungsfeld zwischen den Notwendigkeiten der Rüstungsproduktion und der Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte die Unterstützung der Regierung bei der Durchsetzung des *Wagner Act* zu erhalten. Das erforderte einen politischen Balanceakt zwischen Kooperationssignalen und dem Beharren auf den Grundpositionen des CIO. Der *Industrial Council Plan* war ein erfolgreicher Versuch, politischen Druck vom CIO zu nehmen und gleichzeitig die Perspektive einer weiten Beteiligung des CIO an der Organisation einer Kriegswirtschaft zu eröffnen.<sup>351</sup> Seine Organisationsform entsprach dem des von Roosevelt wenig später eingerichteten *National Defense*

---

<sup>349</sup> So u.a. bei Neuberger, Richard L.: "Lewis and the Third Term", in: *The Nation*, Nov. 25, 1939, p.571, Stone, I.F.: "The Lewis Willkie Pact" in: *The Nation*, November 2, 1940

<sup>350</sup> T.R.B.: "Does Papa love Mama?", in: *The New Republic*, Feb. 12, 1940, p.210 Stone, I.F.: "The Lewis Willkie Pact" in: *The Nation*, November 2, 1940, p.413

<sup>351</sup> So Alan Walker: "The CIO goes out for Defense" in: *The New Republic*, Oct. 13, 1941, p. 467-468

*Mediation Board*, in dem Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch vertreten waren. Die organisierte Arbeitnehmerschaft hatte nunmehr ein gewichtiges Mitspracherecht bei Tarifstreitigkeiten, Auseinandersetzungen über *collective bargaining* und Fragen der Arbeitsorganisation. Nicht in die Praxis umgesetzt wurden die Teile des *Industrial Council Plan*, die eine paritätische Beteiligung der Gewerkschaften bei Entscheidungen über Investitionen und Allokation von Ressourcen vorsahen.

In seiner außenpolitischen Meinungsbildung bewegte sich der sozialdemokratische Flügel des CIO weitgehend im Einklang mit der öffentlichen Meinung. Die wenigen vorhandenen Untersuchungen zu Außenpolitik und öffentlicher Meinung legen diesen Schluß nahe. Genau wie die Mehrheit der amerikanischen Öffentlichkeit ist der sozialdemokratische CIO-Flügel Ende 1939 noch strikt dafür, die USA aus dem Krieg herauszuhalten. Ein Jahr später steht die Hilfe für England ganz oben auf der außenpolitischen Prioritätenliste. Doch anders als die Mehrheit der Öffentlichkeit sind die Gewerkschafter noch nicht bereit, dafür das Risiko eines Krieges einzugehen - auch wenn viele sich nach der französischen Niederlage und der deutschen Sommeroffensive des Jahres 1940 fragten, ob die USA nicht früher oder später in den Krieg gezwungen werden würden. Ende 1941 - noch vor Pearl Harbor - war schließlich der Schritt von der Forderung nach Hilfe für die Alliierten zur Forderung nach einer deutschen Niederlage getan.<sup>352</sup>

Das Verhältnis zwischen dem sozialdemokratischen Flügel des CIO und der Administration stellt sich als ein dynamischer *bargaining-process* dar, der von gegenseitiger Sympathie und ähnlichen Interessen getragen wurde. Den Rahmen dieses Prozesses bildete die politische Agenda der Gesamtpolitik bzw. der New Deal-Koalition. Bis zum Herbst 1941 lehnte die Administration Anti-Streik-Gesetze ab, die CIO-Führung bemühte sich um Mäßigung bei Arbeitskämpfen.

---

<sup>352</sup> vgl. Levering, Ralph B.: *The Public and American Foreign Policy, 1918-1978*. Morrow, New York 1978, pp. 73-79 und Leigh, Michael: *Mobilizing Consent. Public Opinion and American Foreign Policy, 1937-1947*. Greenwood Pr., Westport, Conn. & London 1976

Das NDMB war ähnlich strukturiert wie die von der Gewerkschaften geforderten *industry councils*, wenn auch die Beteiligung der Gewerkschaften an Allokations- und Investitionsentscheidungen ausgeklammert blieb. Roosevelt nahm den Kollaps des NDMB in Kauf und intervenierte einseitig zugunsten der *United Mine Workers*. Doch die Parteinahme für den ungeliebten Lewis war zum Großteil durch die Erfordernisse der Rüstungsindustrie diktiert. Der Handlungsdruck auf Roosevelt durch die sich immer weiter verschärfende Situation in Europa wuchs ständig. Uneingeschränkt war daher die Harmonie zwischen Administration und CIO-Führung keineswegs. Murray verwehrte sich gegen den Truppeneinsatz im North American-Streik, und ein Junktim zwischen der Vergabe von Verteidigungsaufträgen und der Respektierung des Wagner Act konnten Murray und Hillman nicht erreichen. In dem Moment, in dem Roosevelt politischen Widerstand in Kongress und Öffentlichkeit spürte, trat er in dieser Frage einen geräuschlosen Rückzug an.

Wie Roosevelt mußte auch der CIO sich in einem politischen Klima bewegen, das seit den ersten Tagen des New Deal sehr viel konservativer geworden war und in dem die Krise in Europa mit jeder Verschärfung bedrohlicher wahrgenommen wurde. Die Einbindung des CIO in die New Deal-Koalition brachte für den CIO mehr politischen Einfluß, gleichzeitig aber schränkte sie seine Bewegungsfreiheit ein. Doch dies kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß der CIO unter Roosevelt mehr erreicht hatte, als jemals eine amerikanische Gewerkschaftsbewegung zuvor, und dies an erster Stelle aufgrund der politischen Unterstützung durch die Administration bzw. den New Deal im weiteren Sinne. Darüber hinaus gab es zu Roosevelt innerhalb wie außerhalb der Demokratischen Partei schlicht keine glaubwürdige Alternative. Der CIO konnte nicht seine Maximalforderungen durchsetzen, war sich aber der Unterstützung des Präsidenten - im Rahmen dessen, was dieser für politisch durchsetzbar hielt – zu Recht sicher. Die Auslotung des Erreichbaren setzte somit nicht nur eine exakte Interessendefinition der CIO-Führung voraus, sondern die Einbeziehung aller politischer Faktoren, die die organisierten

Arbeitnehmer mittelbar und unmittelbar betrafen - und dazu gehörte auch der Krieg in Europa.

Die grundlegenden Verhaltensmuster des CIO und die Bedingungen, unter denen er handeln mußte, blieben nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend gleich. Die Einflußnahme auf die Reformkoalition - die Abkehr vom politischen Voluntarismus - blieb eines der zentralen Anliegen des CIO. Die CIO-Führung baute konsequent die Einbindung der Ressourcen des CIO in die Wahlkampfmaschine der Demokraten aus. Institutioneller Ausdruck der politischen Einbindung des CIO in die *New Deal*-Koalition war die Gründung des CIO-PAC, das in einigen Großstädten sogar fast deckungsgleich mit der Demokratischen Partei war. Die *New Deal*-Koalition bildete nach wie vor den Rahmen, innerhalb dessen der CIO agierte.

Dies galt nach wie vor besonders für die sozialdemokratische Mehrheit im CIO. Die Auseinandersetzungen mit den Kommunisten und ihren Sympathisanten hielten sich während des Krieges in Grenzen, da diese nach dem Angriff auf die Sowjetunion Roosevelt ohne wenn und aber unterstützten und sich äußerst patriotisch gaben. Die Reibungen, die es dennoch gab, waren darauf zurückzuführen, daß die Kommunisten in ihrem Bemühen, die Interessen der Sowjetunion zu vertreten, nach Ansicht der Sozialdemokraten die Interessen der Gewerkschaften aus den Augen verloren: Die Forderung der Kommunisten nach Beschleunigung der Produktionsgeschwindigkeiten und nach Akkordlöhnen nach Hitlers Angriff auf die Sowjetunion verärgerte die Sozialdemokraten, weil sie ihre Verhandlungsposition gegenüber den Arbeitgebern schwächte. An dieser Stelle wurde darüber hinaus die sklavische Abhängigkeit der Kommunisten von der Sowjetunion deutlich – eine Tatsache, die viele der “Rechten”, also der *New Dealer* im CIO, immer mehr irritierte.

Gravierende Konflikte über außenpolitische Fragen gab es jedoch zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zunächst nicht - einen isolationistischen Flügel gab es am Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Der Grundkonsens

über die wichtigsten außenpolitischen Ziele umfaßte 1) die Forderung nach einem liberalisierten Welthandelssystem, 2) die Etablierung eines Systems kollektiver Sicherheit durch die Vereinten Nationen und 3) der Aufbau eines Internationalen Gewerkschaftsverbandes. Daß es in der Einschätzung der Sowjetunion nach wie vor Meinungsverschiedenheiten gab, zeigt das Gerangel hinter den Kulissen um den Abschlußbericht über die Reise in die Sowjetunion im Sommer 1945. Der rechte Flügel äußerte sich öffentlich freundlich gegenüber den sowjetischen Gastgebern, war jedoch alles andere als angetan von dem großen Alliierten.<sup>353</sup> Gleichzeitig hielten die Sozialdemokraten an der Hoffnung auf "Big Three Unity" und internationale Kooperation fest. Darüber hinaus vermieden sie - besonders Präsident Philip Murray - bis Ende 1947 außenpolitische Konflikte mit den Kommunisten, weil sie fürchteten, daß dies den Zusammenhalt des gesamten Verbandes gefährden könne. Das hieß jedoch nicht, daß Funktionäre des CIO sich jeglicher außenpolitischer Stellungnahmen enthielten. Die Besatzungspolitik der Administration wurde kritisch begleitet: Während linke Funktionäre die schleppende Entnazifizierung beklagten, forderte der Sozialdemokrat Hillman bereits im Herbst 1945, Gewerkschafter an der Besatzungspolitik zu beteiligen und einem Repräsentanten der WFTU beratenden Status im Alliierten Kontrollrat einzuräumen.

Die Beziehungen zur Truman-Administration waren in den Jahren 1945/46 ambivalent. Einerseits begrüßten die Gewerkschafter den *Employment Act* von 1946 (im übrigen das einzige größere Gesetzesvorhaben, das die Administration in den Nachkriegsjahren durchbrachte), andererseits waren sie verärgert über die Gesetzesinitiative Trumans im Gefolge des Streiks der *United Mineworkers* und der *Railway Brotherhoods*, die den gewerkschaftlichen Handlungsspielraum stark eingeschränkt hätte. Truman wiederum suchte zu verhindern, daß die Streiks der Berg- und Transportarbeiter die Wirtschaft des gesamten Landes lahmlegten und somit die *reconversion* verzögerten bzw. gefährdeten. Hier

---

<sup>353</sup> "Chairman Carey's Chickens", Time, XLVII, April 1, 1946, p.29.

zeigte sich wieder, daß auch ein im Prinzip gewerkschaftsfreundlicher Präsident die Interessen und die Agenda der Gesamtpolitik im Auge behalten mußte.

Das politische Klima, in dem der CIO operieren mußte, wurde im Gefolge der Streikwelle 1945/46 stetig feindseliger. Obwohl das CIO-PAC auch den liberalen Demokraten wertvolle Wahlkampfhilfe leistete, so konnte es doch nicht den Rechtsruck in den Kongreßwahlen von 1946 verhindern. Der Kampf gegen den konservativen Kongreß und besonders gegen den *Taft-Hartley Act* führte Truman und den CIO wieder zusammen. *Taft-Hartley* zielte nicht nur auf die tarifpolitische Position der Gewerkschaften, sondern mit dem Verbot der Wahlkampffinanzierung auf die Anbindung des CIO an die New Deal Koalition. Dies konnten weder Truman noch der CIO unwidersprochen hinnehmen.

Unterdessen war die Siegerkoalition in die Brüche gegangen. Hatten im März 1946 sozialdemokratische Funktionäre die Fulton-Rede noch als unnötige Verschärfung des internationalen Klimas bewertet, so waren sie am Ende des Jahres 1947 zu der Überzeugung gekommen, daß das Verhalten der Sowjetunion Truman-Doktrin und Marshall-Plan unabdingbar machte. Die Meinungsunterschiede mit den Kommunisten im CIO, die der Administration Kriegstreiberei vorwarfen, wurden auf der Convention 1947 ein letztes Mal mit einem Formelkompromiß überdeckt. Zum endgültigen Bruch zwischen Rechts und Links kam es jedoch nicht über außenpolitische Fragen, sondern wieder über den Kern der politischen Strategie des CIO: Die Anbindung an die New Deal Koalition. Die Unterstützung von Wallace durch die Kommunisten und ihre Sympathisanten erboste die Sozialdemokraten, da sie die Wiederwahl Trumans, des einzig mehrheitsfähigen unter den gewerkschaftsfreundlichen Kandidaten, gefährdete. Die Wahlergebnisse bestätigten ihre Überlegungen.

Unterdessen bemühte sich die Truman-Administration bei den Gewerkschaften um Unterstützung für den Marshall-Plan. Das Interesse an einer Zusammenarbeit war gegenseitig. Während die Administration die Gewerkschafter brauchte, um in Europa um Vertrauen zu werben, kam der



Marshall-Plan nicht nur den außenpolitischen Ansichten der sozialdemokratischen CIO-Funktionäre entgegen. Das Hilfsprogramm war gleichzeitig eine staatliche Konjunkturspritze immensen Ausmaßes. Europäische Nachfrage würde amerikanische Arbeitsplätze schaffen. Die Mitarbeit in den Organen des Marshall-Plans ersetzte die gewerkschaftliche Außenpolitik in der WFTU, die genauso wie die Siegerkoalition zerbrach. Die Entwicklung einer eigenen gewerkschaftlichen Außenpolitik ist ein völlig neues und wichtiges Phänomen im Verhalten des CIO. Die Unterstützung demokratischer Gewerkschaften in Europa schuf nach Ansicht der Sozialdemokraten im CIO Stabilität und damit internationale Sicherheit. Die Wandlung des CIO von einer nationalen Interessengruppe, für die außenpolitische Entwicklungen von mittelbarem Interesse sind, zu einer nationalen Interessengruppe mit unmittelbar transnationalen Zielen und transnationalem Handeln ist bisher in der Sekundärliteratur nicht wahrgenommen worden.

### **Historiographische Schlußfolgerungen**

Eine quellennahe Untersuchung der Haltung des CIO zur Außenpolitik zeigt erhebliche Defizite der einzigen Monographie, die sich zumindest in zwei Kapiteln mit diesem Thema befaßt.<sup>354</sup> Lenburg konzentriert sich auf die Flügelkämpfe innerhalb des CIO, wobei seine Darstellung von einem impliziten, kaum offen diskutierten Opportunismus-Vorwurf an den rechten, sozialdemokratischen Flügel des CIO durchzogen ist: Die - rechte - CIO Führung habe sich zu eng an die Administration gebunden und dafür zu wenig erhalten.

Lenburg stellt dies jedoch weder in den gesamtpolitischen Zusammenhang noch berücksichtigt seine Darstellung die Dynamik der internationalen Beziehungen im untersuchten Zeitraum. Die Abkehr des CIO vom politischen

---

<sup>354</sup> Lenburg, Leroy James: *The CIO and American Foreign Policy, 1935-1955*. Univ. Microfilms, Ann Arbor, Michigan 1973

Voluntarismus und die Konsequenzen der Einbindung in die New Deal-Koalition bleiben in seiner Darstellung völlig unberücksichtigt - obwohl sowohl in den Quellen darauf hingewiesen wird als auch die grundlegende Studie von Greenstone die Wende vom Voluntarismus in die politische Koalition aus politologischer Sicht systematisch erfaßt hat.<sup>355</sup>

Zieht man diese Wende jedoch in Betracht, so läßt sich das Bild einer bedingungslos und blind gegenüber den eigenen Interessen Roosevelt folgenden CIO-Führung nicht mehr aufrechterhalten. Der CIO warb aktiv in der Öffentlichkeit und bei der Administration für seine Interessen und konnte dabei wichtige Teilerfolge erzielen, wie zum Beispiel die Unterstützung durch die Sec. of Labor, Frances Perkins, in der Debatte um die mögliche Einschränkung des Streikrechtes in der Rüstungsindustrie oder bei der Organisation des NDMB. Der öffentliche Druck auf die Gewerkschaften wuchs mit der Verschärfung der internationalen Krise - genauso wie der Handlungsdruck auf den Präsidenten, der sich schließlich Ende 1941 dem Smith Act, der Einschränkungen des Streikrechtes in den verteidigungsrelevanten Industrien vorsah, nicht mehr entgegenstemmte. Ein kompromißloser Konfrontationskurs zur Durchsetzung seiner Interessen barg unter diesen Umständen für den CIO erhebliche Risiken. Denn auch "the most pro-labor president" in der Geschichte der USA setzte unter Umständen in sicherheitsrelevanten Schlüsselindustrien Truppen gegen streikende Arbeiter ein. Wie die öffentliche Reaktion auf die "Streikwelle" im Frühjahr 1941 zeigte, hatten die Erfordernisse der Rüstung mittlerweile eine hohe Priorität erlangt. Die Einbindung des CIO in die New Deal-Koalition und in den öffentlichen Diskurs müssen bei der Bewertung der Erfolge, Mißerfolge und des Handlungsspielraums des CIO einbezogen werden.

Die Frage, ob die dreißiger Jahre für die amerikanischen Gewerkschaften "turbulent" oder "not so turbulent years" waren, also der Meinungsstreit zwischen consensus-Historikern und Revisionisten, läßt sich in dieser Form

---

<sup>355</sup> Greenstone, J. David: *Labor in American Politics*. Alfred A. Knopf, New York 1969

nicht beantworten. Gewerkschaftsmitglieder, Funktionäre und Öffentlichkeit erlebten diese Zeit durchaus als turbulent und voller Umbrüche. Gleichzeitig gab es bei aller Militanz streikender Arbeiter nicht die Etablierung eines "lasting, mass radical movement"<sup>356</sup>, sondern eine Pazifizierung der organisierten Arbeitnehmer und ihre Einbindung in das kapitalistische System. Der New Deal transformierte die *industrial relations* in den Vereinigten Staaten, aber er transformierte sie nicht in einen Zustand dauerhafter Massenradikalisierung auf Seiten der Gewerkschaften. Bezogen auf das Thema dieser Arbeit heißt das: Es gab innerhalb des CIO eine starke Minderheit, die in immer radikalerer Opposition zu Roosevelts Außenpolitik stand, doch diese Minderheit konnte sich aufgrund des Vertrauens, das sich der New Deal bei den amerikanischen Arbeitnehmern erworben hatte, nicht durchsetzen. Darüber hinaus bleibt festzuhalten, daß diese Minderheit nicht deckungsgleich mit dem linken, kommunistischen Flügel des CIO war. Dessen völlig unglaubwürdige Unterordnung seiner innenpolitischen Strategie unter die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion trug viel dazu bei, den sozialdemokratischen Flügel zu stärken und radikal-sozialistische und kommunistische Perspektiven zu diskreditieren. Dies zeigt sich erneut nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Diskreditierung ist bisher in der revisionistischen Sekundärliteratur nur ungenügend berücksichtigt worden.<sup>357</sup>

Unberücksichtigt bleibt bei dem revisionistischen Vorwurf der zu engen Anlehnung der sozialdemokratischen Gewerkschafter an die Roosevelt-

---

<sup>356</sup> Dubofsky, Melvyn: "Not so Turbulent Years: Another Look at the American 1930s" in: *Amerikastudien/American Studies*. 24 (1979), p.5

<sup>357</sup> Die Frage nach den radikalen und sozialistischen Perspektiven ist letztlich die immer wieder diskutierte Frage Sombarts: "Warum gibt es keinen Sozialismus in den USA?". Eric Foner hat in einem brillianten Essay behauptet, daß diese Frage so falsch gestellt ist, einen *American exceptionalism* unterstellt, und eigentlich lauten müßte: "Why has there been no socialist transformation in any advanced capitalist society?" vgl. Foner, Eric: "Why is there no Socialism the United States?" in: Heffer, Jean & Jeanine Rovet (eds.): *Pourquoi n 'y a-t- il pas de socialisme aux Etats-Unis?* Ecole des Hautes Etudes en Science Social, Paris 1988, p.64 Ich bin jedoch der Ansicht, daß man kein Anhänger des *American exceptionalism* zu sein braucht, um einen unterschiedlichen Entwicklungsweg in den USA und Europa zu konstatieren.

Administration auch die Frage nach dem Preis für einen radikalen Konfrontationskurs gegen den New Deal. Denn die Gewerkschaften hatten bei einem Ausscheren aus der New Deal Koalition nicht nur den Verlust der so ungemein wichtigen staatlichen und öffentlichen Unterstützung zu erwarten, sondern auch vieler, eng an den New Deal gebundener Mitglieder. Ein kompromißloser Konfrontationskurs war mit großen, kaum abwägbaren Risiken verbunden - nicht zuletzt mit der Gefahr, in den Zustand vor dem *Wagner Act* zurückgeworfen zu werden. Dies muß bei der Bewertung gewerkschaftlichen Verhaltens in Rechnung gestellt werden.

Ähnliches gilt für die Phase nach dem Zweiten Weltkrieg. Zu Truman und der New Deal Koalition gab es keine realistische Alternative. Halpern und Lenburg fordern zwar teils offen, teils implizit eine Opposition des CIO gegen Truman, verschweigen jedoch, daß dies nicht zur Wahl eines progressiven Präsidenten Wallace geführt hätte, sondern zu der eines republikanischen Präsidenten Dewey.<sup>358</sup>

Es kann nicht bestritten werden, daß die Sozialdemokraten den Antikommunismus instrumentalisierten, um Machtkämpfe für sich zu entscheiden. Daß im Rahmen solcher Machtkämpfe die polemische Stigmatisierung des Gegners an der Tagesordnung ist, ist bedauerlich, jedoch kaum zu vermeiden. Diese Taktik wurde im Übrigen von den Kommunisten besonders ausgiebig gepflegt. Lenburg stellt die Rechten, die *New Dealer* im CIO als Ideologen des Kalten Kriegs dar, übergeht jedoch, wie sehr ihre Erfahrungen mit den Kommunisten in den eigenen Reihen ihr Denken und Handeln beeinflussen. Immer wieder taucht in den Quellen jedoch der Vorwurf der Sozialdemokraten an die Kommunisten auf, unglaublich zu sein, weil sie jede Kehrtwende der sowjetischen Außenpolitik mitmachten und weil sie ihre innergesellschaftliche Strategie den außenpolitischen Interessen der

---

<sup>358</sup> Halpern, Martin: "Taft-Hartley and the Defeat of the Progressive Alternative in the United Auto Workers:" in: *Labor History*, vol. 27, Spring 1986, no. 2, pp.204-226, Lenburg, CIO, pp.130-182

Sowjetunion opfert. <sup>359</sup> Das Verhalten der Rechten ist somit weniger das Produkt eines latent immer vorhandenen, gleichsam überhistorischen, blinden antikommunistischen Reflexes als einer Kombination aus dem als bedrohlich empfundenen Verhaltens der Sowjetunion einerseits, sowie der konkreten Erfahrung mit kommunistischer Strategie und Taktik andererseits. Daß es in der Tat eine kommunistische Kultur der Verschwörung in den USA gab, ist von der revisionistischen Literatur lange Zeit in Abrede gestellt worden. Dieses Axiom konnte nach der Öffnung der sowjetischen Archive nicht mehr aufrecht erhalten werden. Auch in einer neueren und grundlegenden Studie zum amerikanischen Kommunismus kommen die Autoren aufgrund von Quellenforschung in US- wie auch Sowjet-Archiven zu dem Fazit:

“... the belief that the American Communist movement assisted Soviet intelligence and placed loyalty to the Soviet Union ahead of loyalty to the United States was well founded. American communism was certainly a radical political movement – a heretical dissent from the American tradition. But the Communist Party of the United States of America was also a conspiracy financed by a hostile foreign power that recruited members for clandestine work, developed an elaborate underground apparatus, and used that apparatus to collaborate with espionage services of that power. The situation in America in the later 1940s and 1950s was much more complicated than is suggested by the view that an idealistic, innocent Communist movement was persecuted by a paranoid security apparatus. Although many innocent people were harrassed, the secret world of the CPUSA made such excesses possible.”<sup>360</sup>

Diese Aussage, die sich aus den Quellen ergibt, hätten viele New Dealer im CIO ohne zu zögern, unterschrieben – auch ohne Kenntnis der sowjetischen Archive. Daß das Verhältnis zwischen Kommunisten und Nicht-Kommunisten Ende der 1940er Jahre nicht grundlos zerrüttet war, sondern daß dieses Zerwürfnis vielmehr auf dem Verlust der Glaubwürdigkeit der Kommunisten beruhte, ist eines der wichtigsten Ergebnisse auch meiner Studie. Die Geschichte des liberalen Anti-Kommunismus in den 1940er und 1950er Jahren verdient eine gründliche Neubewertung.

---

<sup>359</sup> Exemplarisch Walter Reuther auf der Convention 1947: Conv. Proc. 1947, pp.285-287

<sup>360</sup> Klehr, Harvey, John Earl Haynes and Fridrih Igorevich Firsov: *The Secret World of American Communism*. New Haven and London, Yale U. Pr. 1995, pp. 326-327. Eine Zusammenfassung in: Haynes, John E. and Harvey Klehr: “Communists and the CIO: From the Soviet Archives” in: *Labor History*, Summer 1994, Vol. 35, No. 3, pp.442-446

Was bisher in der Sekundärliteratur auch vernachlässigt worden ist, ist die Tatsache, daß der *Cold War Consensus* des liberalen Spektrums der amerikanischen Politie seine Wurzeln zu einem Gutteil in der erfolgreichen, wenn auch nicht immer reibungslosen innenpolitischen Zusammenarbeit der New Deal-Koalition ab Ende der 30er Jahre gehabt hat.

Die revisionistische Frage, warum die gewerkschaftliche Militanz der 30er Jahre in die bürokratische Erstarrung der 50er Jahre mündete, basiert auf einer falschen Grundannahme.<sup>361</sup> Diese Annahme besteht darin, daß *workplace militancy* mit politischem Radikalismus gleichgesetzt wird bzw. unterstellt wird, das das erstere notwendig früher oder später in das letztere münden müsse. Dies ist ein Irrtum. Die amerikanischen Arbeiter entschieden sich mehrheitlich für Truman, nicht für Wallace, und die Revolte gegen die Linken im CIO ab 1947 war zu einem erheblichen Teil ein Aufstand der einfachen Mitglieder. Dies ist in den Quellen belegt.<sup>362</sup> Darüber hinaus läßt diese Frage außer acht, daß institutionelle Sicherheit, gesellschaftliche Akzeptanz und feste - d. h. unter anderem auch: bürokratische - Einbindung in die *New Deal*-Koalition gerade das Ziel einer breiten Mehrheit im CIO seit Ende der 30er Jahre waren.

### **Methodische Konsequenzen**

Im Laufe der Geschichte der USA hat sich die Aufmerksamkeit der meisten Bürger eher auf das Feld der Innenpolitik als auf das der Außenpolitik konzentriert. Diese triviale Beobachtung kennzeichnet das Verhalten der Gewerkschaften noch weitaus treffender als das der meisten anderen

---

<sup>361</sup> Dubofsky, Melvyn: "Not so Turbulent Years: Another Look at the American 1930s" in: *Amerikastudien/American Studies* 24 (1979), pp. 5

<sup>362</sup> Weinberg, Jules: "Priests, Workers, and Communists. What Happened in a New York Transit Workers Union." in: *Harper's Magazine*. CLXVII, Nov. 1948 pp.56; und auch "Cleaning Out Communists", in: *Newsweek*, Dec. 6, 1948, p.27

gesellschaftlichen Gruppen.<sup>363</sup> Doch der Gegenstand dieser Studie zeigt deutlich die Wechselwirkung und Verquickung von Innen- und Außenpolitik. Aufgrund dieser Verknüpfung ist die Haltung des CIO zur Außenpolitik ein sinnvoller Indikator zur Bewertung dieser zunächst nur auf die Innenpolitik fixierten gesellschaftlichen Gruppe - auch dies ein zentrales Resultat der vorliegenden Untersuchung. Der CIO mußte in dem Maße Stellung zu den internationalen Entwicklungen beziehen, wie diese Entwicklungen innenpolitische Rückkoppelungen zur Folge hatten. Budgetkürzungen im Bereich der Sozialausgaben, der *Selective Service Act*, die Umstellung der Wirtschaft auf Rüstungsproduktion und die Art der Beteiligung der Arbeitnehmer an der Organisation der Rüstungsindustrie und auch die *Reconversion* betrafen die Gewerkschaften allgemein und den CIO wegen seiner großen Industriearbeiterklientel besonders stark. Die Frage nach dem Kriegsbeitrag der USA und mehr noch die Frage eines möglichen Kriegseintrittes in einen globalen Konflikt mit großen Opfern und ungewissem Ausgang war für den CIO nicht weniger existentiell als für den Rest der amerikanischen Gesellschaft.

Die Haltung des CIO zur Außenpolitik am Vorabend des Zweiten Weltkrieges ist aufgrund der genannten Rückkoppelungen zwischen außenpolitischen und sozio-ökonomischen Faktoren ein sehr sinnvolles Kriterium - unter anderen - zu einer allgemeinen Bewertung der Geschichte des CIO im New Deal.

Für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wird es von einem sinnvollen zu einem zwingenden Kriterium. Der CIO reagierte nicht nur mehr auf die innenpolitischen Implikationen einer bestimmten Außenpolitik, sondern entwickelte eigene außenpolitische Prioritäten, die er in Kooperation mit der amerikanischen Regierung sowie den befreundeten westeuropäischen Gewerkschaften durchzusetzen suchte. Darüber hinaus erhoffte sich der CIO

---

<sup>363</sup> vgl. Melvyn Dubofsky: "John L. Lewis and American Isolationism" in: Schacht, John N. (ed.) *Three Faces of Midwestern Isolationism*. Iowa City, Iowa Center for the Study of the Recent History of the United States 1981.

von der aktiven Förderung eines freien Welthandels und vom Marshall-Plan nicht nur Stabilität in den internationalen Beziehungen, sondern auch Arbeitsplätze in den USA. Je mehr es zu einer Integration der westlichen Märkte kam, desto wichtiger wurde außenpolitische Meinungsbildung und außenpolitisches Handeln für den CIO. Gleichzeitig zeigte sich, daß internationale Krisen und ihre Perzeption in der Öffentlichkeit im Kalten Krieg ebenso wie am Vorabend des Zweiten Weltkriegs zu einem nicht unwesentlichen Teil den Handlungsrahmen für die Gewerkschaften absteckten.

Die rasante außenpolitische Entwicklung dieser Jahre war zwar nur eine Melodie unter mehreren, die das Spiel der amerikanischen Industriegewerkschaften im gesellschaftlichen Konzert begleiteten, aber an entscheidenden Wendepunkten gab die Außenpolitik sowohl das Tempus als auch die Tonart an. Der CIO mußte sich dem stellen, ob er wollte oder nicht. Kommunisten, Sozialdemokraten und gemäßigte Roosevelt-Anhänger hatten unterschiedliche Antworten auf die drängenden Fragen der Zeit, aber sie alle mußten diese Fragen beantworten. Sowohl der Bruch von John Lewis mit der CIO-Führung als auch die Relegation der Kommunisten aus dem CIO wäre ohne die Dynamik der außenpolitischen Entwicklungen nicht denkbar gewesen.

Insofern ist es angemessen, das internationale Umfeld als eine der Hauptdeterminanten der innergesellschaftlichen Entwicklung des CIO von 1935 bis 1955 zu bezeichnen. Der *Congress of Industrial Organizations* wurde in diesen Jahren unter anderem zu einer treibenden und einflußreichen gesellschaftlichen Kraft, weil er sich in seiner Mehrheit immer pragmatisch und vor allem glaubwürdig den Fragen des rapiden internationalen Wandels stellte.